

lichkeit, seine Fähigkeit als ordnender Zuhörer und schöpferischer Weiterdenker auszuspielen.

Er bringe, so beschreibt der Bürgermeister seine Methode, die unterschiedlichen Meinungen auf einen Bruchstrich und beginne dann zu kürzen „von pauschal auf konkret“. Am Ende stehe dann der „kleinste gemeinsame Nenner“, mit dem eine kreative Weiterarbeit möglich sei. Und da fällt ihm fast immer etwas ein.

„Sein Problem ist aber, daß er durch Handeln wirken muß“, sorgt sich der Vorständler Freimut Duve. Dazu von Dohnanyi: „Das kriegen wir schon hin.“ Kernig klingt das, ein bißchen sehr kernig.

Hier liegt wohl eher sein wahres Problem: daß der Perfektionist von Dohnanyi seine eigenen Möglichkeiten überschätzt und außer acht läßt, wie hoch entwickelt die Fähigkeit der Hamburger Genossen ist, ihren Bürgermeister zu Fall zu bringen.

HAUSHALT

Die letzten Mäuse

Expertenzirkel der Bonner Koalitionsparteien suchen nach Sparmöglichkeiten für den Etat 82. Krach scheint unvermeidlich.

Plötzlich, so scheint es, haben die Sozialliberalen Mut zur Zukunft gefaßt. Das Loch im Etat 82, erklärte Finanzminister Hans Matthöfer kürzlich einigen linken Genossen, sei auch ohne soziale Demontage zu stopfen.

Tapfer tönte der SPD-Subventionsexperte Dieter Spöri, bis zum Herbst würden die fehlenden Milliarden schon zusammengekratzt. Und selbst der sonst so pessimistische Haushaltsfachmann der Liberalen, Klaus Gärtner, findet plötzlich: „So schlimm ist das alles gar nicht.“

Schlimm vielleicht nicht, aber schwer. Am Sonntag vor einer Woche machte Bundeskanzler Helmut Schmidt in kleiner Expertenrunde seinen Genossen klar, welche Bedeutung er der Sanierung der Bundesfinanzen beimißt. Nicht der Doppelbeschluß der Nato, nicht der Streit über die Kernenergie, sondern allein die Haushaltspolitik sei der Prüfstein für die Haltbarkeit des sozialliberalen Bündnisses.

Inzwischen ist nicht mehr umstritten, daß die Koalitionfraktionen für den Etat des nächsten Jahres noch 18 bis 23 Milliarden Mark einsparen müssen. Matthöfer hat sich darauf festgelegt, den nächsten Haushalt nur um 3,8 Prozent auf 240 Milliarden Mark zu vergrößern; statt rund 34 Milliarden wie in diesem Jahr will er 26 Milliarden Mark neue Schulden machen.

Die Hoffnung vieler Sozialdemokraten, angesichts steigender Arbeitslosenziffern könne die Regierung noch einmal versuchen, die Wirtschaft mit zusätzlich gepumptem Geld in Schwung zu bringen, blockte Matthöfer in der Kanzlerrunde ab. Das sei wegen der hohen Zinsen nicht machbar.

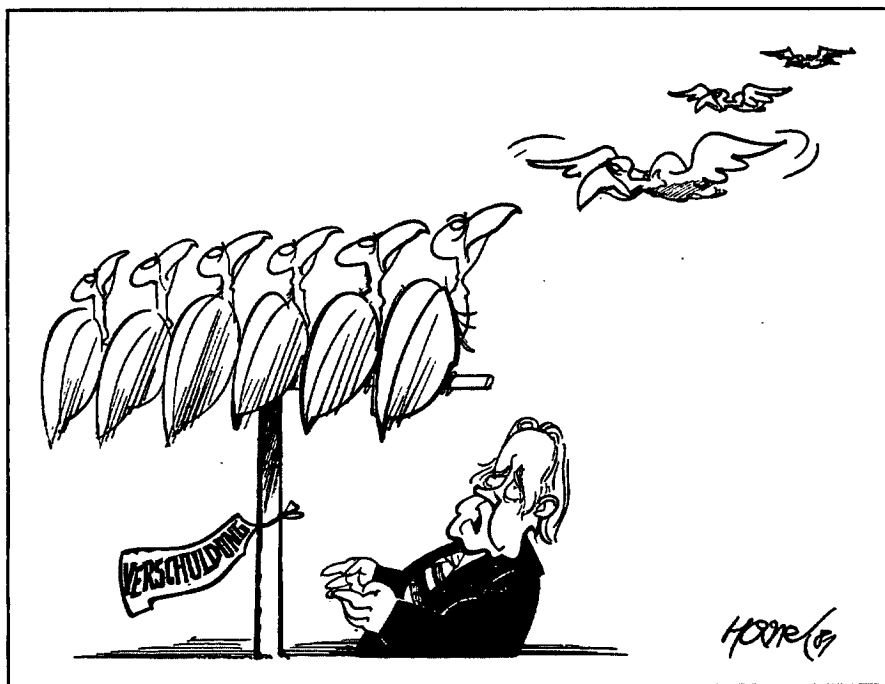
Denn in diesem Jahr muß Bonn nicht nur neue Schulden machen, sondern auch 40 Milliarden Mark Alt-Schulden durch neue, teurere Kredite ersetzen. Die Zinsbelastung wird weiter drastisch zunehmen; von 1980 auf 1981 schwollen die Zinszahlungen des Bundes bereits um 24,6 Prozent auf 17 Milliarden Mark an.

So suchen Expertenzirkel beider Regierungsfractionen die fehlenden Milliarden durch radikale Striche an den

renberg sieht keine Möglichkeit, die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit um mehr als 1,5 Milliarden Mark zu kürzen.

Trotz solcher Anzeichen mangelnden Sparsinns entschlossen sich die Genossen beim Kanzler, mehr als eine „technische Budgetsicherung“ (Spöri) zu versuchen. Sie wollen nicht nur sparen, sondern gleichzeitig eine aktive Beschäftigungspolitik ermöglichen. Anders, so fürchtet Helmut Rohde, Sprecher der SPD-Arbeitnehmer, seien die Gewerkschaften kaum zum Stillhalten zu bewegen.

Es sollte ein Konzept sein, so Verkehrsminister Volker Hauff, „bei dem unsere politischen Absichten sichtbar werden“. Auf dem Tisch liegen all die



Kölner Stadt-Anzeiger

„Zusammenrücken, Kinder...“

Ausgaben hereinzuholen. Werden alle Vorschläge verwirklicht, dann fallen Subventionen für Bauern und Binnenschiffer, Vergünstigungen für Bergleute und Beamte, dann müssen Studenten und Arbeitslose mit weniger Zehrgeld auskommen.

Wie schwer es ist, die festgezurrtten Ausgabenstrukturen zu bewegen, hat sich jedoch in diesem Jahr bereits erwiesen. Mit Mühe strichen die Sozialliberalen ganze 1,75 Milliarden Mark. Die verbleibende Lücke (6,6 Milliarden Mark) füllten sie mit Krediten und zusätzlichen Einnahmen.

Den „nur scheinbar bequemen Weg“, den Etat 82 über mehr Steuern oder Abgaben auszugleichen, hält Matthöfer „für schädlich“. Dennoch meldete Arbeitsminister Herbert Ehrenberg schon in der Kanzlerrunde vor einer Woche den Wunsch an, die Abgabe für die Arbeitslosenversicherung um ein halbes Prozent zu erhöhen. Eh-

Pläne, die in den vergangenen Wochen — wegen Geldmangels — bereits einmal gescheitert sind: Die Sozialdemokraten fordern zusätzliche Spritzen für den Sozialen Wohnungsbau, Hilfen für die Stahlindustrie, Investitionen bei der Bundesbahn — allerdings auf Kosten anderer Posten.

Aber selbst wenn die Koalitionspartner sich auf ein sinnvolles Sparprogramm einigen sollten, scheint Krach unvermeidbar. „Der Knackepunkt für die künftigen Haushalte“, so FDP-Gärtner, „ist der Verteidigungsbereich.“

Weder Liberale noch Sozis können ihrem Parteivolk klarmachen, daß Rentner und Beamte sich einschränken sollen, daß aber gleichzeitig der Verteidigungsetat immer rascher wächst. Die Sparkampagne dürfe nicht damit enden, meint Sozialdemokrat Spöri, „daß die letzten Mäuse zusammengekratzt

werden, um damit Panzer zu bezahlen“.

Genau das aber ist zu befürchten. Von 1980 auf 1981 sind die Kosten für Militärbeschaffungen um reichlich 13 Prozent gestiegen, für 1982 hat Verteidigungsminister Hans Apel bereits einen unabdingbaren Mehrbedarf von drei Milliarden Mark angemeldet: Mit einem Zuwachs von 7,1 Prozent würde der Verteidigungsetat fast doppelt so schnell wachsen wie der Gesamtetat.

BERLIN

Wilde Sau

Die scharfe Gangart des CDU-Senats gegenüber Hausbesetzern provoziert neue Straßenschlachten. Die Militanten beider Seiten bereiten sich auf einen heißen Sommer vor.

Vier Monate hatte der Senat des Sozialdemokraten Hans Jochen Vogel gebraucht, um einen Berliner Markenartikel ins politische Geschäft einzuführen: die „Linie der Vernunft“ gegenüber den zumeist jugendlichen Besetzern von 165 Mietshäusern.

Amtsnachfolger Richard von Weizsäcker versicherte zwar wortreich, die „Berliner Linie“ auch im christdemokratischen Politik-Sortiment nicht missen zu wollen. Aber sein Innensenator Heinrich Lummer schaffte es in nur

zwei Wochen, die Vernunft fast vollständig zu verramschen und damit den mühsam angesponnenen Dialog mit der Instandbesetzer-Szene wieder auf Null zu bringen.

Kaum ein Tag, an dem nicht mal im Morgengrauen, mal in der Mittagsruhe Polizeieinsätze gegen besetzte Häuser gestartet werden. Fast immer geht es, „aufgrund staatsanwaltlicher Anordnung“ (Polizeibericht), um eher geringfügige Delikte: etwa den Diebstahl von Strom, Gas oder Wasser, weil die Illegalen sich aus den öffentlichen Leitungen bedient haben, hin und wieder auch um ungenehmigte bauliche Veränderungen.

Am Montag letzter Woche beispielsweise wagte sich ein großes Polizeiaufgebot gleich morgens um vier Uhr an ein Symbol der Alternativbewegung heran, an das „Kommunikations- und Kultur-Centrum Kreuzberg“ („Kukuck“) im besetzten Haus Anhalter Straße 4. Augenzeugen wußten später zu berichten, daß die Beamten eine Aufforderung der rund 40 Besetzer, doch lieber durch die aufgesperrte Tür hereinzukommen, ignoriert und sich statt dessen mit Äxten Zutritt verschafft hatten. „Die Polizei“, kommentierte das Berliner Linksblatt „Die Neue“, „spielt wilde Sau.“

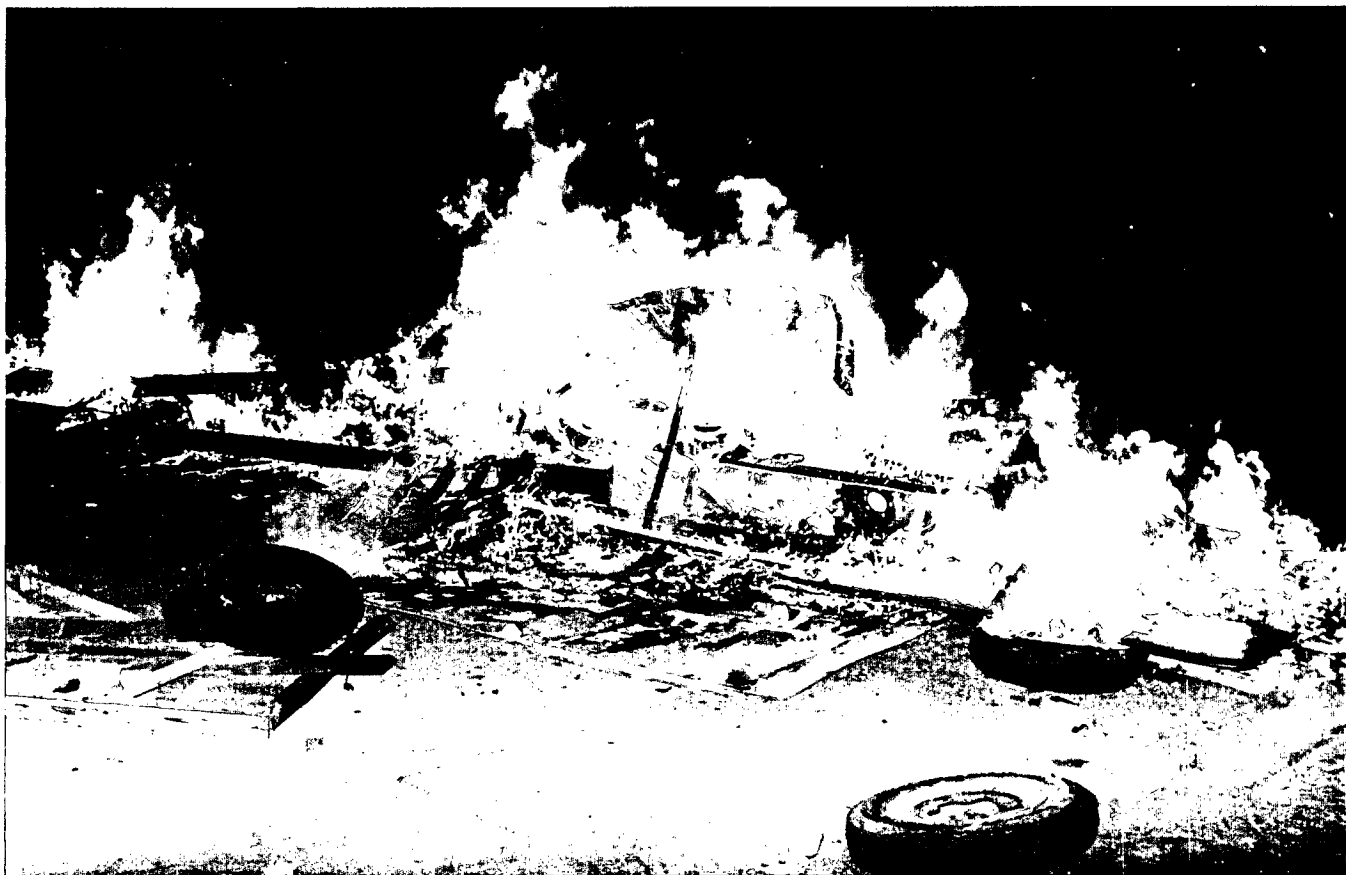
Ein „Kukuck“-Aktivist, mit seinen Kollegen für einige Stunden zur erkennungsdienstlichen Behandlung abtransportiert, hatte nach seiner Rückkehr den „Eindruck von schlimmem Bullen-

Vandalismus“: Zahnbürsten seien abgebrochen, Seifenstücke auf dem Boden zerstampft, Lackdosen über Schreibtische geleert und Lebensmittel aus einem Kühlschrank über den Fußboden verstreut worden.

Eine „Durchsuchung“ kündigten Polizei-Lautsprecher am selben Montag, eine Stunde später, auch den Besetzern des Kreuzberger Hauses Mittenwalder Straße 45 an. Doch nachdem die Beamten dort eingedrungen waren, warfen sie schwere Einrichtungsgegenstände kurzerhand auf den Hof und sicherten das Terrain für sofort nachrückende Bauarbeiter, die ihre Sanierungstätigkeit mit dem Einschlagen von Fensterscheiben begannen.

Für wessen Interessen Innensenator Lummer die Polizisten ins immer heftiger brodelnde Arbeiter- und Alternativer-Quartier Kreuzberg ausrücken ließ, glauben die auf Bezirksebene und in einem zentralen Rat organisierten Besetzer längst zu wissen: Der jetzt geräumte Block in der Mittenwalder Straße gehört einer „APH Projekt-Gesellschaft für Hausbesitz mbH und Co. KG“, deren fünfzehn Kommanditisten — sämtlich Großverdiener, darunter acht Ärzte, aus Baden-Württemberg — zusammen 1,15 Millionen Mark steuer-sparend für das Abschreibungs- und Spekulationsobjekt gezeichnet haben.

Kapital-Akquisition für die APH betreibt neben anderen Prinz Johannes Maria Carl Alfons Friedrich Leopold zu Hohenlohe-Jagstberg, der auf



Berliner Hausbesetzer-Barrikade: „Bürgerkrieg, reiner Bürgerkrieg“